



**Reden  
wir über...**  
DER ZUKUNFTSDIALOG



# WOHNEN IST MENSCHENRECHT

**MENSCHENKETTE**

**19. SEPTEMBER 2019**

**14:45 UHR / BERLIN HBF**

**TREFFPUNKT WASHINGTONPLATZ**

Als Teil des Bündnisses "Wohnen ist Menschenrecht" ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund mit auf, eine Menschenkette zwischen Bundeskanzleramt und Bundesinnenministerium zu bilden. Setze mit deiner Teilnahme ein Zeichen, damit die Bundesregierung endlich Wohnungsnot und Mietenwahnsinn wirksam bekämpft.

## **Bundesregierung ignoriert Wohnungsnot**

Am 21. September 2018 veranstaltete die Bundesregierung einen Wohngipfel im Kanzleramt. Das auf dem Wohngipfel formulierte Ziel, in dieser Legislaturperiode 1,5 Millionen Wohnungen zu bauen, wird krachend verfehlt. Gleichzeitig haben Bund, Länder und Kommunen vereinbart, in dieser Legislaturperiode den Bau von 100.000 Sozialwohnungen zu fördern. Da im gleichen Zeitraum mindestens 150.000 solcher Wohnungen aus der Bindung fallen, wird der historisch niedrige Bestand weiter abschmelzen. Auch konnten die bisherigen Maßnahmen den steigenden Mieten und der unzureichenden Wohnraumversorgung in Großstädten, Ballungszentren und Universitätsstädten nicht entgegenwirken. Im Gegenteil: Die Wohnkostenbelastung hat auch im vergangenen Jahr weiter zugenommen, sodass der Verlust der Wohnung zu einem erheblichen Lebensrisiko geworden ist. Daran ändert auch die neue Mietenkappung bei Modernisierung wenig. Das Bündnis "Wohnen ist Menschenrecht" hält es für skandalös, dass die Bundesregierung, allen voran der Bauminister, in Anbetracht der massiven Verwerfungen auf dem Wohnungsmarkt nahezu untätig ist. Auf diesen Missstand wollen wir mit einer Menschenkette zwischen Kanzleramt und Bauministerium aufmerksam machen und die beiden Orte der wohnungspolitischen Tatenlosigkeit verbinden. Nimm auch du daran teil!

## **Mit der Menschenkette fordern wir:**

- Fördermittel für mindestens 150.000 leistbare Neubau-Wohnungen pro Jahr durch Bund und Länder,
- wirksame Instrumente, um den enormen Anstieg der Mieten zu stoppen,
- die Förderung von gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen,
- eine sozial gerechte Bodennutzung,
- die Verwirklichung des Menschenrechts auf Wohnen.